

**Der Grosse Rat      Le Grand Conseil  
des Kantons Bern    du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 4. September 2019 / Mercredi après-midi, 4 septembre 2019

**Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie**

**37      2019.RRGR.93      Motion 075-2019 de Meuron (Thun, Grüne)**

**Standesinitiative: Beitrag zum Erreichen der Klimaziele – Falsche Anreize zur Verkehrsmittelwahl ausmerzen und Flugticketabgabe einführen!**

**37      2019.RRGR.93      Motion 075-2019 de Meuron (Thun, Les Verts)**

**Initiative cantonale : contribution à la réalisation des objectifs climatiques – éliminer les mauvaises incitations au choix du mode de transport et taxer les billets d'avion**

**Präsident.** Wir kommen zum Traktandum 37. Es handelt sich um eine Motion von Grossrätin de Meuron. Die Regierung beantragt Annahme. Ist dies bestritten? – Ja, es ist bestritten. Somit bitte ich Andrea de Meuron, sich einzuloggen. Ich gebe ihr das Wort.

**Andrea de Meuron, Thun (Grüne).** Es freut mich, dass der Regierungsrat diese Standesinitiative zur Annahme empfiehlt. Ich habe mich gefragt, wie man denn eigentlich dagegen sein kann. Der Luftverkehr spielt für unser Klima eine entscheidende Rolle. Weltweit trägt er 5 Prozent zur Klimaerwärmung bei, in der Schweiz sind es sogar 18 Prozent. Die Prognosen steigen weiter nach oben. Der Luftverkehr, respektive seine Konsumenten, zahlen keine 5 Rappen an die Auswirkungen auf Mensch, Klima und Umwelt. Dass der Preis lenkt, wissen wir alle. So ist klar, dass die meisten Menschen für ihre Reisen das Flugzeug wählen, wenn das Zugbillet an den Flughafen sie manchmal mehr kostet als das Flugticket in eine europäische Stadt. Fliegen ist somit zu günstig und zu bequem, und der ÖV muss hier noch viel leisten, damit er wieder konkurrenzfähig wird. Aber dies braucht Zeit, und bis dahin ist es nötig, dass die Politik ihre Verantwortung wahrnimmt und die Rahmenbedingungen beeinflusst.

Die Kritiker werden nun sagen, dass die 12 bis 50 Franken, die so eine Ticketabgabe beinhalten könnte, niemanden davon abhalten werden, einen Flug zu buchen. Dies mag stimmen. Man könnte auch mehr verlangen. Doch welcher Betrag stimmt dann? – Entscheidend ist, dass nicht wir im Grossen Rat den Betrag festlegen und dass die Gelder nicht nur zurück an die Bevölkerung fliessen sollen, sondern dass diese auch für Massnahmen verwendet werden, die zur langfristigen Anpassung an den Klimawandel nötig sind. Jenen, die nun sagen werden, dass die Kommission des Ständerates doch bereits eine schärfere Variante beschlossen hat, rufe ich in Erinnerung, dass noch gar nichts beschlossen wurde. Wir haben ein Zweikammer-System, und der Ständerat wird voraussichtlich in der dritten Herbstsessionswoche darüber debattieren.

Vor weniger als einem Jahr versenkte der Nationalrat eine Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes klar. Auch der Bundesrat sieht in seiner Vorlage keine Flugticket-Abgabe vor. Zwischenzeitlich gab es jedoch Klimastreiks, und die bevorstehenden Wahlen zeigen wahrscheinlich auch Wirkung. Ich berücksichtigte seinerzeit bei der Formulierung der Standesinitiative – ich formulierte diese im März – die Minderheitsanträge, in der Annahme, dass dies ein möglicher Kompromiss eines Gesetzestexts sein könnte. Wir sind im Grossen Rat des Kantons Bern gezwungen, einen ausformulierten Gesetzestext zu bringen. Vielleicht ist es auch ein Mangel in unseren eigenen Vorgaben, dass wir fixe Formulierungen verlangen, damit wir eine solche Initiative überhaupt einreichen. Doch dieser Umstand darf nun nicht der Grund sein, dass wir seitens des Grossen Rat das nötige und wichtige Signal mit der Überweisung dieser Standesinitiative nicht aussenden, wie dies übrigens andere Kantone ausgesendet haben. Es steht dem nationalen Parlament frei, welche Formulierung es im Gesetz haben will. Dies ist nicht unsere Aufgabe. Es wird klar das neue Parlament sein, weil die Behandlung im Nationalrat erst nach den Wahlen stattfindet. Dies ist eine weitere Unsicherheit, dahingehend, was am Schluss effektiv in diesem Gesetz stehen wird.

Ich kann auch zu Protokoll geben, dass eine strengere Formulierung durchaus im Sinne der Grünen – wahrscheinlich nicht nur der Grünen im Grossen Rat, sondern auch unserer Kollegen im nationalen

Parlament – ist. Dies wird ihre Aufgabe sein. Auch Sie dürfen gleich Ihre Haltung kundtun. Wichtig ist, dass das neue Gesetz eine Flugticketabgabe vorsieht und so der nötige und überfällige Beitrag zum Klimaschutz und zur Einhaltung des Pariser Abkommens möglich wird. Sie können hier wortwörtlich Farbe bekennen und mithelfen, indem Sie diese Standesinitiative überweisen.

**Präsident.** Als Mitmotionär: Grossrat Stampfli.

**David Stampfli, Bern (SP).** Das Meiste konnte Andrea de Meuron schon ausführen. Ich möchte gerne noch auf ein paar Sachen hinweisen. Wir sind im Kanton Bern als grosser Kanton durchaus in der Lage, eine Vorbild- oder Vorreiterrolle einzunehmen. Wenn das nationale Parlament sich über die Vorlage beugt, wird es sicher auch darauf schauen und hören, was wir hier beschliessen. Deswegen ist dies nicht ganz unwichtig. Die meisten von Ihnen haben sicher mitbekommen, dass sich YB leider nicht für die Champions League qualifiziert hat, aber trotzdem für die Europa League. Es gab ein gutes Los. Die einen oder anderen YB-Fans werden sicher in die europäischen Städte gehen, gegen die YB spielt, immerhin gegen Glasgow, Schottland, oder gegen Porto, Portugal. Dies sind Distanzen, die man wahrscheinlich eher mit dem Flugzeug zurücklegt, die aber durchaus mit dem Zug machbar wären, wenn es sich denn finanziell lohnte. Die Leute ticken nun mal so: Wenn der Preis nicht stimmt, nehmen sie das, was günstiger ist. Heute wird das Fliegen künstlich verbilligt, weil es von der CO<sub>2</sub>-Abgabe und der Kerosinabgabe befreit ist. Das heisst, man fördert das, was für die Umwelt viel schädlicher ist, anstatt das, was für die Umwelt besser ist. Hier müssen wir einhaken. Dies ist ein konkretes Beispiel, und ich möchte es den Leuten – in diesem Fall den YB-Fans – nicht verübeln, dass sie das günstigere Verkehrsmittel brauchen. Das kann man den Leuten nicht verargen. Man kann auch nicht darauf setzen, dass die Leute eigenverantwortlich sind und sagen: «Da muss ich wohl selber handeln.» Einige werden dies tun. Das nützt aber nichts, denn es geht um die grosse Masse. Darum müssen wir korrigierend eingreifen und eine solche Flugticketabgabe beschliessen. Wir können dies als Kanton Bern zwar nicht selbst tun, aber wir können beim Bund vorstellig werden und dies fordern. Deshalb mein Appell an Sie: Unterstützen Sie bitte unseren Vorstoss! Vielen Dank.

**Präsident.** Es ist eine Minute vor halb fünf. Es reicht nicht mehr für ein weiteres Votum. Ich unterbreche an dieser Stelle.

*Hier werden die Beratungen unterbrochen. / Les délibérations sont interrompues à ce stade.*

*Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr. / Fin de la séance à 16 heures 30.*

*Die Redaktorinnen / Les rédactrices*

Murielle Buchs (d)

Sara Ferraro (f)